

Chemnitzer Anzeiger

und Stadtbote.

Unparteiisches Tageblatt für Chemnitz und Umgegend

besonders für die Bezirke: Altchemnitz, Altendorf, Bernsdorf, Vorna, Ebersdorf, Furth, Gablenz, Gölsa, Helbersdorf, Silberdorf, Rappell, Reustadt, Schönau.

Die Abonnenten erhalten mit dem Anzeiger allwöchentlich **4 Unterhaltungs-Blätter**, sowie das **Heilige, reich-illustrirte Familien-Buch**.

Abonnementsbestellungen, vierteljährlich 150 Pf. (Batz. 40 Pf.), monatlich 50 Pf. (Batz. 15 Pf.), nehmen an die Verlagsexpeditio und Ausgabestellen in Chemnitz und obigen Bezirken. Außerhalb dieser Orte kann der Anzeiger nur bei den Postanstalten — Postzeitungs-Preisliste für 1885 Nr. 1114 — bestellt werden. In Oesterreich-Ungarn ist der Chemnitzer Anzeiger zum Abonnementpreise von vierteljährlich 1 Gulden 54 Kr., monatlich 52 Kr. (exkl. Abgabekosten) durch die Postanstalten zu beziehen. **Insertionspreis**: die schmale (1spaltige) Kopfszeile oder deren Raum 15 Pfennige. — Reklame (1spaltig Petit) 30 Pfennige. — Auf große Annoncen und Wiederholungen Rabatt. — Annoncen-Aufnahme für die nächste Nummer bis Freitag. — Ausgabe jeden Wochentag Nachmittags. **Annoncenbestellungen** von auswärtigen Verlegern wollen man den Insertionsbetrag stets beifügen (kleiner Beträge in Briefmarken) je 8 Silben der gewöhnlichen Korpusschrift bilden eine Zeile und kosten 15 Pfennige.

Verlags-Expedition: Alexander Wiede, Buchdruckerei, Chemnitz, Theaterstraße 48 (ehemaliges Bezirksgericht, gegenüber dem Kasino).

Bekanntmachung.

Infolge Anordnung des Königl. Ministeriums des Innern ist alljährlich eine Zählung der Fabrikarbeiter nach einem hierfür vorgeschriebenen Formular vorzunehmen.

Die Ausfüllung dieser Formulare hat zu erfolgen von allen denjenigen Gewerbebetreibern, welche

1. in ihren Gewerbeanlagen mindestens 10 Arbeiter beschäftigen oder
2. Dampfmaschinen verwenden oder
3. mit Wind-, Wasser-, Gasmaschinen oder Selbstmaschinenbetrieb arbeiten oder
4. eine nach § 16 der Gewerbeordnung von besonderer gewerbspolizeilicher Genehmigung abhängige Anlage in Betrieb haben.

Demgemäß werden alle vorgeschriebenen Gewerbebetreiber dieser Stadt andurch veranlaßt, die hierzu benötigten, in den nächsten Tagen durch die Schupmannschaft ihnen auszufertigenden Formulare am 1. Mai d. J. vorchriftsmäßig auszufüllen und hierauf ungesäumt und längstens bis zum 6. Mai d. J. an der Rathhaus links, 2 Treppen, Zimmer Nr. 59 zurückzugeben. Sollten einzelne Gewerbebetreiber der gedachten Art bei Austragung

der Formulare übergangen werden, so können solche Formulare an vorbezeichnete Expeditionsstelle unentgeltlich entnommen werden.

Chemnitz, am 18. April 1886.
Der Rath der Stadt Chemnitz.
Rath, Dr. Oberbürgermeister. Schmidt.

Der Kaufmann Gustav Adolf Werbach, geb. den 29. März 1864 zu Dittmannsdorf bei Schöps, sucht in Chemnitz, wird beschuldigt, als Bekehrter den Landwehr ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein, — Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Derselbe wird auf dem 9. Juni 1886, Vormittags 9 Uhr, vor das Königl. Schöffengericht Chemnitz, Justizgebäude, 2. Etage, zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Chemnitz ausgesprochenen Erklärung verurtheilt werden.

Chemnitz, den 28. April 1886.
Königliche Staatsanwaltschaft.
J. W. Dr. Friedrich, Adv.

Die unter dem Mindestbetrage des Freigutbesizers Maximilian Weiske in Gölsa angebrochene Kauf- und Kauflust ist wieder erloschen.

Chemnitz, den 28. April 1886.
Die Königl. Amtshauptmannschaft.
i. v. v. Burgdorf.

Der Buchbinder Heinrich Eduard Georgi aus Richtenstein, zuletzt hier, hat sich behufs Vernehmung über eine gegen ihn erlassene Verurtheilung hier einzufinden oder seinen gegenwärtigen Aufenthaltsort anzuzeigen.

Chemnitz, den 29. April 1886.
Der Königl. Staatsanwalt.
Weiske.

Die Patamenstraße zwischen der Zwisdauer- und Hornstraße wird wegen Schalenbauens vom nächsten Montag, den 4. Mai d. J., ab für den Verkehr gesperrt.

Chemnitz, am 30. April 1886.
Das Polizeiamt.
Siebhat. Str.

Telegramme des Chemnitzer Anzeigers.

Son 30. April.

Berlin. Bismarck, der sich sehr entschieden für Herabsetzung der Zahl der Geschworenen, also gegen die Anträge des Justizauschusses ausspricht, präsidirte der heutigen Bundesratsitzung. Der Bundesrat beschloß, die Abstimmung noch anzusetzen.

Wien. Es verlautet, daß Kardinal Sanguinetti am Sonntag der Reichsrathswahlen willen einen Hirtbrief entlassen werde. — Eine große Spaltung ist unter den hiesigen Antisemiten eingetreten, indem der bisherige Obmann Pattai seine Stelle niederlegte.

Wien. Der Kaiser empfing heute eine Deputation der Ruthenen, welche gekommen war, sich über angebliche unethische Uebergriffe der Jesuiten zu beschweren, mit Wohlwollen. Die Deputation bat um Rücknahme des diesbezüglichen Beschlusses, gewann jedoch den Eindruck, daß ihre Wünsche nicht erfüllt werden.

Wien. Zweihundert Fißch-Torpedos werden in der Fabrik von Whitehead in Fiume für England gemacht. Es wurden in letzter Zeit 600 Arbeiter mehr engagirt und bald über Kopf gearbeitet, damit die Torpedos abgeliefert werden können, bevor die österreichisch-ungarische Regierung durch die eventuelle Kriegserklärung verpflichtet wäre, sie mit Beschlag zu belegen.

Paris. Der „Temps“ hält es für Deutschlands Pflicht, zwischen England und Rußland den Vermittler zu spielen. — Der von Demogenet schon früher inne gehabte Posten im Ministerium des Innern wurde an ihn zurückgegeben.

London. Die Behauptung, daß die Kaffianen die russischen Vorposten bei Zulzkar angegriffen, ist nach einem Telegramm der „Times“ aus Tirpal vom 27. April unrichtig. General Komaroff soll einen Vorstoß auf Herat beabsichtigen.

London. „Standard“ meint, wenn England gezwungen sei, das Schwert zu ziehen, so möge es wenigstens gefahren ehe die Zeit, in welcher ein wirkungsvoller Schlag geführt werden könne, vorüber sei. „Daily News“ sagt, in Folge der Befehle von Mexiko, erhebe sich die Frage, ob es noch etwas nütze, die Verhandlungen mit Rußland fortzusetzen; wenn der Emir sich weigere, Wertschätzung preiszugeben, sei England verpflichtet, ihm bei der Zurückweisung des Ueberfalls beizustehen. (Weitere Telegramme siehe am Schluß des redaktionellen Theiles.)

Eine That Gladstone's.

Von den zeitgenössischen Staatsmännern ist keiner verfaßter, keiner in den letzten Wochen und Monaten mit mehr Vorwürfen und Anschuldigungen des Unwillens betrogen worden, als der englische Ministerpräsident. Und diese Vorwürfe waren verdient. Wie schädlich, wie verwerflich war doch die schändliche Politik des englischen Kabinetes in der Sudanfrage! Doch angehörs der Gefahren, welche gegenwärtig Afrika bedrohen, scheint ein neuer Geist über das englische Ministerium, über Gladstone ausgegossen zu sein, ein Geist des Handlens und der Thatkraft.

Eine vorzügliche Würdigung der veränderten Sachlage finden wir im „D. Ztbl.“ und wollen den Hauptinhalt des Artikels unseren Lesern nicht vorenthalten.

Am 27. April hat das englische Parlament einstimmig und unter stürmischen allseitigen Beifallsbezeugungen den von Gladstone geforderten Kredit von zweihundertzwanzig Millionen Mark bewilligt. Das ist eine Haltung, die gar sehr der Beachtung werth ist — besonders wenn man die Vorgeschichte der Frage erwägt will. Wir haben schon früher verschiedentlich darauf hingewiesen, wie erheblich das Ministerium Gladstone die Weltmachtstellung Englands habe herabkommen lassen. Mit allen Mächten hatte der jetzige Staatsminister es verbrochen durch seine unklare, unsehe, nachgebende Politik. Oesterreich hatte der Premier noch vor seinem Amtsantritte durch das berühmte „Hände fort!“ tödtlich beleidigt, dem „unaussprechlichen Tücken“ hat er während seiner ganzen Amtszeit alle möglichen Kadelstiche versetzt und alles Herzeleid angethan; Frankreich hat er in der ägyptischen Frage von sich gestoßen; mit Deutschland es durch seinen Uebermuth in den Kolonialangelegenheiten gründlich verbrochen, so daß er feierlich Abbitte leisten mußte und zu guter Letzt hat er noch in frommer Selbstgefälligkeit die zwar etwas anbringliche und eigenmächtige, aber immerhin sehr herzliche und vertrauensselig angebotene Hilfe Italiens abgewiesen. Nur der russischen Freundschaft ist er förmlich bettelnd nachgelaufen und muß sich jetzt überzeugen, daß es ihm dabei erging, wie dem Hunde, der über das Bild im Wasser das Fleisch fallen ließ, das er bereits im Munde hat. So traf denn jetzt Gladstone auf Abjagen, wohin er sich um Hilfe wandte. Italien zeigt

wenig Lust, die Last des Sudankrieges auf eigene Schultern zu nehmen; Deutschland und Oesterreich wollen zwar den Frieden erhalten, aber sie üben zu diesem Behufe durchaus keinen Druck in Petersburg aus. Frankreich hat sein Schicksal in China ins Trodene gebracht und wartet den Augenblick ab, um unter dem Deckmantel der europäischen Kontrolle seinen Einfluß in Egypten wieder herzustellen, den es vor dreißig Jahren verlor.

Da raffte sich Gladstone endlich zu einem Entschlus, zu einer That auf — denn seine Rede am 27. darf als eine That bezeichnet werden. Er sprach öffentlich von seiner Bereitwilligkeit, ohne Krieg die sich ergebenden Schwierigkeiten zu lösen; er hoffte noch immer auf eine gerechte Verständigung mit Rußland; aber wenn die Friedenshoffnungen sich als eitel erweisen sollten, dann müsse Altengland mit der vollen Macht seiner ganzen Macht den Krieg führen. England habe, wenn es den Ernst zeige, sein Recht durchzusetzen, nichts zu fürchten. Die Antwort des Parlaments war die einstimmige Bewilligung der geforderten 220,000,000 Mark Kredit.

Mit einem Schlage zerstreute Gladstone's energisches Sichaufrufen allen Parteihader. Die tapfste Kriegsführung im Sudan, die schärfste Stellung zu Frankreich, die Schlappheit gegen Deutschland in der Kolonialpolitik, die Fehler im Vorgehen der Regierung, — alles war in dem einen Augenblick weit gemacht, wo der Premier, zwar sehr spät, aber doch noch vor Thronschwund, an den Patriotismus der Engländer kräftig appellirte. Nur eine Nation, die sich selbst aufgiebt, wird von anderen ausgebeugt. Möglich, daß der 27. April entscheidend sein wird für die Großmachtstellung Englands im Völkervertrage. Das lange von den Freunden Englands vermisste: „bis hierher und nicht weiter“, ist von Gladstone ausgesprochen, die Grenzmarke der englischen Jagdbarkeit genau festgesetzt worden. Vielleicht konnte nichts so wohl zum schließlichen Erhalt des Friedens dienen, als der Parlamentsbeschluss vom 27. April, der den Ernst einer großen Nation ausdrückt, mit aller Macht den Krieg aufzunehmen. Die Russen aber wollten den Krieg und das konnte Gladstone nicht abwenden.

Nun mache man sich ein Bild davon, wie diese Kriegsbereitschaft Englands in Petersburg aufgenommen worden wäre, wenn das Parlament in London mit einer schwachen Majorität den Kriegskredit bewilligt hätte. Jede Spaltung der Majorität an der Thematik würde den Respekt an der Newa vermindert haben. Man hat sich dort gefast, das Ministerium in London habe zwar den Krieg aufzunehmen beschlossen, aber das Land sei getheilte Meinung gewesen. Man hätte in Petersburg vielleicht auf den Sturz Gladstone's gehofft, oder auf Uneinigkeit desselben mit dem Willen des Landes spekulirt. So aber zeigt der einhellige, raiche und beifällig aufgenommene Beschluss des Parlaments eine Einheitsliebe und Festigkeit, die in Rußland die Ansicht hätte ausschließen müssen, als sei es England auch diesmal nicht Ernst. Rußland wird seine Forderungen vielleicht schwer büßen müssen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich. Wie es heißt, beabsichtigt der Präsident des Reichstags eine Beratung darüber zu veranlassen, welche Gegenstände noch voraussichtlich in dieser Reichstags-session erledigt werden können. Die Zweckmäßigkeit einer solchen Regelung ist schon wiederholt betont worden. Sie liegt im Interesse Aller und namentlich der Reichsregierung selbst, damit nicht noch Zeit und Kräfte an Aufgaben gesetzt werden, welche doch nicht zum Abschluss gelangen können. Zu den Arbeiten, welche jedenfalls durch das Plenum gehen werden, gehört der Gesetzentwurf über die Unfallversicherung bei den Transportgewerben; dagegen ist kaum anzunehmen, daß der von der Kommission ausgearbeitete Gesetzentwurf über die Börsensteuer in seiner jetzigen Gestalt die Zustimmung der Regierung erhält, und ebensowenig kann man erwarten, daß es zur Ausarbeitung und Durchbringung eines neuen Regierungsvorschlags kommen wird. Man will wissen, daß an entscheidender Stelle die Kommissionsvorlage schwere Bedenken hervorzurufen hat, die Anfangs weniger in den Vordergrund getreten waren. Sind diese Voraussetzungen im Wesentlichen zutreffend, so wäre der richtige Weg, das in der nächsten Reichstags-session die Regierung selber mit einem Entwurf hervortritt, zumal immer mehr die Ueberzeugung bekräftigt worden ist, daß eine so technische Angelegenheit wie die Börsensteuer mit Erfolg nur aus der Initiative der Regierung hervorgehen kann. Werde diejenige Reichstags-session, welche sich in den nächsten Wochen abhalten wird, mit diesem Gegenstand in den bisherigen Stadien seiner Beratung beschäftigt haben, sind am entschiedensten dieser

Meinung. Da aber die Rechte sowohl als das Centrum auf die Verthaltung des Börsensteuereutwurfs im Reichstagsplenum großen Werth legen, werden wir uns auf das Vorkommen des Entwurfs jedenfalls gefast machen müssen. In der Hand der Regierung wird es dann liegen, durch entsprechende Erklärung die Sache abzuhängen und für andere noch schwebende Beratungsgegenstände die nöthige Zeit zu gewinnen.

Der Reichstag, welcher mit Rücksicht auf die Sitzung des Abgeordnetenhauses heute in seine Versammlung um 2 1/2 Uhr eintrat, erledigte zunächst Berichte der Wahlprüfungs-Kommission. Für gültig wurden erklärt die Wahlen der Abg. Penzig, Boermann, Bayer, Lorenzen und Lüben. Betreffs der Wahl des Abg. Ebert wurde beschloffen, zunächst weitere Ermittlungen anzustellen. Die Wahl des Abg. Werbach (Sachsen) führte zu längerer Debatte. Des Weiteren erklärte der Reichstag, entgegen dem Kommissionsantrage, die Wahl des Abg. Sydow für gültig und erledigte die übrigen Wahlprüfungen nach den Kommissionsanträgen. Morgen um 11 Uhr: Zoll-Tarifvorlage und kleinere Vorlagen.

Die Kommission des Reichstages hat den ihr überwiesenen Antrag Löwe auf Herabsetzung des Zolles für harte Kamgarne von 8, 10, 12 bezw. 24 Mt. auf 3 bezw. 24 Mt. angenommen und damit sich auf denselben Standpunkt gestellt, den der Reichstag schon im Jahre 1882 eingenommen hat, der aber von der Reichsregierung damals nicht anerkannt wurde. Durch die Annahme des Antrages Löwe hat die Tarifkommission die Rothlage anerkannt, in welcher die Barmer Eisen- und Stahlindustrie und die sächsische Weberei in Meerane und Glauchau in Folge der hohen Zölle auf Kamgarne gerathen sind. Namentlich die Barmer Industrie hat durch diese Zölle den größten Nachtheil gehabt, da sie gezwungen wurde, ihr altes Produktionsgebiet zum großen Theil zu verlassen und neue Arbeitszweige aufzusuchen.

Oesterreich-Ungarn. Der bekanntlich von der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegte Rechnungsbuch-Bericht der vereinigten Voten des Abgeordnetenhauses ist einige Tage später vom Landgericht freigegeben worden, was nicht nur in Wien, sondern in ganz Oesterreich die feindliche Ueberzeugung hervorgerufen hat. Diese Entscheidung des Wiener Landgerichts hat der politisch-juristischen Auffassung des Grafen Taaffe und seines vorgezogenen Staatsanwalts eine gründliche Niederlage bereitet. Man kann sich leicht vorstellen, welche tiefgehende Wirkung jene gerichtliche Entscheidung auf die öffentliche Meinung in Oesterreich und den Kreisen hervorgebracht hat, wo man nicht mit Unrecht in der Aufhebung der Beschlagnahme des Rechnungsbuch-Berichts der Vereinigten Voten einen höchst bemerkenswerthen Sieg der deutschen Partei erblickt.

Dem Wiener „Ftbl.“ zufolge entbehrt die von der „Times“ gebrachte Nachricht von einer schwarzseherischen Aeußerung des österreichisch-ungarischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Kalnoky, über die Sachlage, jeder thatsächlichen Grundtongabe. Unter diesen Umständen sei es wohl auf das Entschiedenste geboten, allen ähnlichen Nachrichten, welche, wie dies wohl in solchen Zeitaltern der Fall ist, auch jetzt zahlreich anfluthen werden, die entschiedenste Ungläubigkeit entgegenzubringen und kann das genannte Wiener Blatt seine Warnungen in dieser Hinsicht nur nachdrücklich wiederholen.

Der „Bester Lloyd“ meldet: Wenn nicht die Vorgänge in Zentralasien eine Aenderung der bisherigen Anordnungen herbeiführen, so wird der Paz im Monat August auf mehrere Tage der Wast des Kaisers Franz Josef in Sicht sein. Kaiser Wilhelm wird aus Warschau ebenfalls nach Jisch kommen und die drei-Kaiser-Begegnung soll am 9. August in Jisch stattfinden, immer vorausgesetzt, daß keine kriegerischen Ereignisse diese Absichten durchkreuzen.

Aus Ostrumellen und Macedonien wird eine sehr lebhaft bulgarische Agitation angekündigt, welche den Zweck verfolgte, im Kriegsfall Rußland behufs Einigung aller Bulgaren herbeizurufen.

Italien. Der römische Gewerksmann der „Vol. Corr.“ widerspricht der Annahme, als stehe Italien in seiner Beurtheilung des englisch-russischen Streites sowohl, als in seiner Haltung gegenüber den etwaigen Folgen desselben, in einer Art Widerspruch mit den zentral-europäischen Mächten. Weit entfernt, sich in Gegensatz zu den Kabinetten in Berlin und Wien setzen zu wollen, sei Herr Mancini entschlossen, mit ihnen das engste Einvernehmen zu suchen. Es finde zu diesem Zwecke soeben ein vertraulicher Austausch der Meinungen und Ansichten über die erwähnte Frage statt und der Korrespondent glaubt, durch die Ereignisse nicht läge gefast zu werden, wenn er